58 Mitglieder des gesamtrussischen Komitees, die verhaftet worden waren, wieder freigelassen wurden. Nur drei wurden im Gefängnis zurückbehalten.

Die baltischen Eskadres der russischen Flotte haben für Lebensmittel den Engländern drei Panzerkreuzer verkauft, die nach Riga gebracht wurden, wo man sie besarmierte. Ein Teil der Offiziere blieb auf estnischem Gebiet. Nach einer unbestätigten Meldung soll einer der Offiziere den in Riga weilenden Joffe erschossen haben.

Nansen über das Hilfswerk.

Nansen gab in Genf Vertretern der Presse einige interessante Aufklärungen über das Hilfswerk für das hungernde Rußland. Nach seiner Ansicht wären 4 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig. Rußland glaube, 2 Millionen Tonnen liefern zu können. Das internationale Hilfswerk müsse also seinerseits 2 Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaukasus aus. 20 bis 25 Millionen Menschen litten ungeheuer. Das Dringendste sei, Saatkorn zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, dann würden Menschen und Vieh sterben müssen. Ueber die jüngste Verhaftung des allrussischen Komitees befragt, wies Nansen darauf hin, daß dadurch große Schwierigkeiten hervorgerufen worden seien. Es wäre eine undankbare Aufgabe, die er übernommen habe, aber nur mit Optimismus könne man sich an sie heranmachen. Auf die Bemerkung eines Pressevertreters, daß die Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Nansen, daß das sehr schön sei, aber das würde die unmittelbare Hilfe nicht einschränken. Man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren. Der warme und aufrichtige Ton seiner Ausführungen machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens, das am 27. August in Moskau zwischen Nansen, dem von der Genfer Konferenz für die Hilfe in Rußland ernannten Ober-Kommissar und Tschitscherin, Volkskommissar des Auswärtigen der Sowjet-Regierung, abgeschlossen wurde.

Die Tagung des Völkerbundes.

Die gestrige Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung war einer reinen Geschäftsordnungsdebatte gewidmet. Die langwierige Aussprache drehte sich um die Zahl, die Zusammensetzung und den Wahlmodus, der von der Versammlung zu ernennenden Ausschüsse. Die von Motta beantragte **Ueberweisung des Berichtes des Völkerbundsrates an eine Kommission** brachte einen lebhafteren Ton in die Debatte. Hymans aus Belgien, der besonders von Lord Robert Cecil und Fisher unterstützt wurde, trat lebhaft dafür ein, daß der Bericht des Rates über die Tätigkeit des Völkerbundes in großer allgemeiner Debatte öffentlich behandelt werden solle. Nach Schluß der Aussprache brachte Präsident van Karnebeek den Vorschlag Mottas zur Abstimmung. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Der Völkerbundsversammlung ist ein Antrag der Kommission für Abänderungsanträge zugegangen, der die Wahl von 4 nichtständigen Ratsmitgliedern mit Zweidrittelmehrheit für 4 Jahre vorsieht. Im letzten Jahre waren die 4 nichtständigen Ratsmitglieder auf ein Jahr gewählt worden. Eine Anzahl **amerikanischer Staaten hat bis jetzt noch keine** Delegation nach Genf entsandt und zwar Argentinien, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru und Salvador. Wie sich aus dem Berichte der Kommission zur Prüfung der Vollmachten ergibt, haben die betreffenden Regierungen dem Völkerbunde keinerlei Dokumente über ihre Vertretung in der 2. Völkerbundsversammlung gesandt. Die Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung schloß gegen 12 Uhr 30 Minuten. Die nächste Sitzung findet nachmittags 6 Uhr statt, um die Wahl des Vizepräsidenten vorzunehmen.

Der Bericht des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat stellt satzungsgemäß der Versammlung seinen **Bericht über seine Arbeiten** seit der ersten Versammlung und über die in Ausführung der vorjährigen Versammlungsbeschlüsse getroffenen Maßnahmen zu. Das sehr umfangreiche Schriftstück stellt ein gutes Stück Zeitgeschichte dar. So werden im Zusammenhang mit allen Deutschland betreffenden oder interessierenden Beschlüssen dem Völkerbunde noch Eingaben mitgeteilt und zwar zur Saarfrage, zur Danziger Angelegenheit, zur Ueberführung der elsaß-lothringischen Versicherungsfonds an Frankreich, der Mandatsfrage usw. Auch über die verschiedenen Oesterreich betreffenden Angelegenheiten gibt der Bericht nochmals Ausdruck, so über die Liquidierung des Besitzes und Angehörige der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die Ausweisung von Flüchtlingen usw. Einen großen Teil des Berichtes nehmen die Schriftstücke über die verschiedenen Streitfälle ein, z. B. Polen, Litauen und verschiedene Kommissionsarbeiten, so über Finanz- und Rüstungsangelegenheiten, Verkehrsfragen und organisatorische Arbeiten des Bundes des Sekretariats. Der Bericht ist zweifellos ein Dokument von umfassender beratender Tätigkeit und organisatorischer Arbeit. Eine Fülle von Fragen, die nicht gelöst werden konnten, so vor allem die deutschen Eingaben, die Mandatsfragen, werden umgangen bezw. vertagt oder noch vorbereitet oder Kommissionen oder der Versammlung unerledigt übergeben.

Ungarns Antrag auf Zulassung zum Völkerbunde.

Wie die Agence Havas meldet, wird der **Antrag Ungarns** auf Zulassung zum Völkerbunde im Völkerbunde wahrscheinlich eine sehr wichtige Debatte hervorrufen. Die Vertreter der Kleinen Entente, heißt es, würden einstimmig Erklärungen abgeben, daß 24 Stunden nach dem Tage, an dem ein Habsburger auf dem ungarischen Thron wieder eingesetzt würde, die Truppen der Kleinen Entente in Ungarn einrücken würden, um ihm Respekt vor dem Vertrage beizubringen.

Der Bericht über Oberschlesien.

Der Berichterstatter der „Westminster Gazette" meldet, die vom Völkerbundsrat mit der Berichterstattung über die oberschlesische Frage betrauten vier Mitglieder würden wahrscheinlich ihren Bericht bis zum 10. September fertig haben. Es könne schon jetzt zuversichtlich erklärt werden, daß der Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung treffen werde, die weder in Uebereinstimmung mit den britischen Vorschlägen noch mit den französischen sei, und daß er ganz unabhängig vorgehen werde. Die Entscheidung des Rates solle nach dem Berichterstatter sowohl Polen wie auch Deutschland und vor allem der oberschlesischen Bevölkerung Befriedigung gewähren.

Der ungarische Einfall bei Kirchschlag.

Das ungarische Militär hat den Kampf bei Kirchschlag abgebrochen und den Rückzug angetreten. Nach der „Neuen Freien Presse" soll es sich bei dieser ungarischen Offensive nicht um eine lokal begrenzte Einzelunternehmung handeln, sondern um einen Plan der Banden, das ganze Gebiet längs der steirischen Grenze zu besetzen, um ein Kompensationsobjekt für den von Oesterreich schon annektierten Teil der ersten Zone in Händen zu haben.

Der von den Ungarn angegriffene Ort Kirchschlag befindet sich im Besitze der österreichischen Wehrmacht. Die hier verwendeten österreichischen Truppen haben sich in jeder Beziehung ausgezeichnet und glänzend bewährt. Ungarische Truppen und Insurgenten haben teils entlang der Grenze, teils auf österreichischem Boden Schützengräben ausgehoben. Bemerkenswerterweise befinden sich unter den verwundeten Oesterreichern hauptsächlich Sanitätssoldaten. Die Leiche eines derselben wurde von den Ungarn entkleidet und aufgehängt. Allmählich tritt im Gebiet von Kirchschlag Beruhigung ein; die Flüchtlinge kehren zurück. Dagegen treffen aus den Grenzgebieten täglich Leute ein, die vor den Bedrohungen der Freischärler die Heimat verlassen mußten. Sie berichten, daß die Bevölkerung des nicht besetzten Teils des Burgenlandes viele Bedrückungen zu erdulden habe und daß der Wunsch nach Besetzung des Landes durch die Oesterreicher ganz allgemein ist.

Sämtliche Wiener Blätter beschäftigen sich in Leitartikeln mit dem militärischen Einbruch Ungarns auf österreichischem Gebiet. Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt u. a.: „Es ist unmöglich, bei der Vernunft zu bleiben, wenn der zweite Beteiligte von den Mordgebräuchen nicht läßt und der dritte Beteiligte, die Entente, 8 Tage lang mit verschränkten Armen und mit vollkommener Gleichgültigkeit dem zügellosen Treiben der Mordbrenner zusieht." Die „Neue Freie Presse" schreibt: „Der Kampf in Kirchschlag darf keine Wiederholung finden, und es muß das letzte Mal gewesen sein, daß Angehörige von Völkern die Waffen kreuzen, welche so sehr auf einander angewiesen sind."

Die Entente schickt Truppen nach Westungarn.

Die in Oppeln eingetroffenen Verstärkungstruppen haben Befehl erhalten, sich zum weiteren Transport ins Burgenland bereit zu halten. Sie werden deshalb in Oberschlesien zunächst nicht eingesetzt, sondern bleiben in Oppeln.

Streiks und Demonstrationen.

Wie die „Magdeb. Zeitung" meldet, wurde Dienstag in einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter und verwandten Betriebe in Magdeburg beschlossen, den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen, an den aufgestellten Forderungen, nämlich einer Mindesterhöhung des Stundenlohns um 2 Mark festzuhalten und sofort in den Streik zu treten. Eine Vermittlung des Regierungspräsidenten, die in letzter Stunde versucht wurde, wurde verworfen. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, von dem ungefähr 80 000 Arbeiter betroffen werden. — Der Streik der Brauereiarbeiter ist beendet worden. Der Streik der Transportarbeiter dauert an.

Nach Annahme des Schiedsspruchs durch die beiden Parteien nahmen die Metallarbeiter in Halle heute früh die Arbeit wieder auf.

Dienstag abend wurden in Berlin 28 öffentliche vom Bezirksverbande Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. einberufene Versammlungen abgehalten, in denen das Thema „Die Teuerung und die neuen Reichssteuern" behandelt wurden. In den meisten Lokalen waren auch Kommunisten erschienen, die in der Diskussion ihre Redner vorschickten. Ueberall wurden diese einstimmig abgelehnt, da, wie die „Freiheit" sagt, die Arbeiterschaft mit der Führung des politischen Kampfes durch die Kommunisten so schlimme Erfahrungen gesammelt habe, daß diesem politischen Abenteurertum keine Gefolgschaft mehr geleistet werde.

Anläßlich einer Wucherdemonstration kam es in Helmstedt zu einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmleuten und Demonstranten. Die Stahlhelmleute wurden zum Verlassen ihres Versammlungslokals gezwungen. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Kriegsbeschädigter durch Messerstiche verletzt. Nach Festnahme einiger Stahlhelmleute, die sich zur Wehr gesetzt hatten, zerstreuten sich die beiden feindlichen Parteien.

Der Oberpräsident von Hannover Noske hat auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August Demonstrationsumzüge von einem Ort zum andern im Bereich der Provinz Hannover verboten, da in der letzten Zeit dabei Gewalttätigkeiten gegen Sachen und Personen verübt worden seien und für die Zukunft befürchtet werden müßten.

Wie die „Rote Fahne" meldet, ist der Vorsitzende der Freien Arbeiterunion, die gegenwärtig in Halle tagt, Hammer, am Dienstag früh in seinem Hotel von der Kriminalpolizei ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Ferner sind in Halle etwa 20 Kommunisten und einige Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins wegen Beteiligung an der Störung des Stiftungsfests des Röllwitzer Kriegervereins verhaftet worden. Sie werden des Landfriedensbruchs beschuldigt.

Nach einer Meldung der „Braunschw. Landeszeitung" versendet das staatliche Preßamt die Mitteilung, daß wegen der jüngst in Braunschweig verübten Dynamitanschläge mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden sind.

Eine Massenkundgebung, riesenhaften Umfanges, fand in Oldenburg statt. Die Einladung war von den Koalitionsparteien, also vom Zentrum, von den Demokraten, den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen ergangen und galt dem Bekenntnis zur Demokratie, Verfassung und Republik. Nachdem für jede Partei ein Redner gesprochen hatte, ergriff auch der frühere österreichische Gesandte in Berlin, Prof. Dr. Hartmann, das Wort.

Der Kampf um die Milliardenbeute.

Das unrechte Gut der Versailler Beute gedeiht den Empfängern sichtlich schlecht. Die wenig hoffnungsfreudigen Umstände, unter denen Deutschland die Aufbringung der ersten Goldmilliarde gelungen ist, sind der Aufmerksamkeit des internationalen Geldmarktes nicht entgangen. Die Pariser Finanzkonferenz vom 18. August, in der die ursprünglich geplante Verteilung, bei der Frankreich als notleidendes Land am besten abschnitt, stand noch unter dem Zeichen sträflichen Optimismus, der die Ultimatumsbedingungen geboren hat. Heute hat sich das Bild anscheinend auch in den Köpfen der Ententestaatsmänner erheblich geändert. Und da in Geldfragen Freundschaft und Gemütlichkeit aufhören, hat England unter Verschiebung der Pariser Abmachungen beschlossen, sich vorläufig tüchtig an den goldenen Sperling in der Hand zu halten und Frankreich auf die Tauben auf seinen Dächern zu vertrösten. Der bisher meist nur an der Peripherie der Interessen sichtbar werdende Gegensatz zwischen den Verbündeten beginnt nun in das Zentrum der Beziehungen überzugehen. Die Pariser Presse macht auf der ganzen Linie mobil. Ohne sich lange bei schonenden Umschreibungen aufzuhalten, sagt sie erfrischend deutlich, was bisher, selbst als die Wogen der oberschlesischen Erregung hochgingen, mehr als Schlußfolgerung in das Ermessen der Leser gestellt wurde. Die „schönen Gefühle" Frankreichs für England laufen, wie Herve in der „Victoire" feststellt, ernstlich Gefahr einer „Abkühlung". Wenn man der Entente ihr schmückendes Beiwort „cordiale" nimmt, gefährdet man sie selbst ernstlich. Ein langes Sündenregister seit den Tagen englischen Kohlenwuchers gleich nach dem Waffenstillstande über die oberschlesische Enttäuschung bis zur bitter empfundenen Unterstützung Griechenlands in der Orientfrage weiß Herve aufzuzählen. Die Folgen? „Drei Jahre nach dem Waffenstillstand ist man so weit gekommen, daß viele Leute in Frankreich sich die Hände reichen, wenn man — Urlaub, Kuchen und ähnlichen Dingen die Rede ist! Bonnefon droht im nationalistischen „Echo de Paris": So kann es nicht weiter gehen! Die Entente, so aufgefaßt, ist eine Illusion, an der Frankreich sterben kann! Die „Information" verteidigt in ihrem Wochenartikel die „Freiheit der wirtschaftlichen Verhandlungen", wie sie im Wiesbadener Abkommen ihren Niederschlag gefunden hat, als eine aus der finanziellen Lage Frankreichs sich ergebende Notwendigkeit. Sie dürfe Frankreichs Anrechte an den Barzahlungen nicht schmälern. Die „Ere nouvelle" gar bestätigt den Bankerott der Ultimatumspolitik, die Unmöglichkeit der Erfüllung, wie sie von Keynes bis Helfferich allen wirklich Sachkundigen seit jeher feststeht. Vor allem gelte es, das französische Guthaben von dem, was da ist, sicher zu stellen: „Lassen wir uns von unsern Freunden und Verbündeten nicht übertölpeln! England und Belgien treffen ihre Vorsichtsmaßnahmen." So wirkt sich vorläufig die Erkenntnis des schlechten Gewissens als Zersetzungsferment innerhalb unserer Gläubiger aus. England denkt zunächst daran, Frankreichs „schöne Gefühle" auf Kosten des eigenen Portemonnaies zu schonen, und Frankreich fühlt, nachdem es formell den Wahnsinn seiner Reparationspolitik gesichert hat, den Boden unter den Füßen wanken. Die Nachfolge des Kabinetts Briand wird bereits in Preisrätseln der Boulevardblätter erörtert. Vom unausgesprochen bereits zugegebenen Bankerott der finanziellen Erpressungspolitik auf Kosten letzten Endes der eigenen Interessen, wie wir ihn heute in den Aeußerungen der Pariser Blätter erleben, bis zum offenen Eingeständnis ist's nur ein Schritt. Schwer aber und unwahrscheinlich ist der Weg der Umkehr. Eher geht's noch weiter ins Gestrüpp, bis Deutschlands Wirtschaft verendet ist in den Dornen der „Erfüllung". Und als Grabestrost die „Entente cordiale"

•

Frankreich nimmt das Finanzabkommen der Interalliierten Kommission nicht an.

Aus London wird dem „Journal" gemeldet, daß die französische Regierung der englischen Regierung auf amtlichem Wege mitgeteilt habe, daß sie das von der Interalliierten Finanzkommission erledigte Abkommen nicht ratifizieren würde. Nach einer Havasmeldung aus London weiß man noch nicht, welches die Haltung der englischen Regierung sein wird angesichts der Erklärung der französischen Regierung, die Finanzabmachungen vom 13. August nicht ratifizieren zu wollen. Man glaube indessen zu wissen, daß diese Entscheidung sehr wahrscheinlich keinerlei ungünstige Wirkung haben werde. Das einzige Bedauern, dem man in den amtlichen Londoner Kreisen Ausdruck gebe, sei, daß dadurch die ganze Frage wieder in dieselbe Unsicherheit zurückversetzt sei, in der sie sich vor dem Abkommen vom 13. August befunden habe.

Wie der „Petit Parisien" aus London mitteilt, werden wahrscheinlich am Sonnabend in London über die Frage des Pariser Finanzabkommens die ersten Verhandlungen zwischen dem französischen Finanzminister und dem englischen Schatzkanzler stattfinden.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, die britische Regierung werde sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, das Pariser Abkommen vom 13. August in irgend einer Weise abzuändern, die die Rechte Belgiens auf Prioritäten bezüglich der Reparationen beeinträchtigte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Alldeutscher Verbandstag. Der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes hielt am Sonnabend in Goslar seine diesjährige Tagung ab. Anwesend waren ungefähr 400 Personen. Neugewählt wurden in den geschäftsführenden Ausschuß: Universitätsprofessor Dr. Hertle, Graz; Dr. Fattinger, Treibach-Althofen (Kärnten); Nationalrat Dr. Schmid, Innsbruck; Postinspektor Oertel, Chemnitz. In den Gesamtvorstand: Oberstleutnant a. D. Füßlein, (Lugau-Erzgebirge); Landrat von Herzberg, Berlin; Dipl. Ingenieur Rösler, Calmbach an der Enz; Professor Dr. L. Pilgrim, Stuttgart; Studienrat W. Rumpf, Berlin-Steglitz; Studienrat Dr. Habben, Goslar; Fürst Otto zu Salm-Horstmar; Münster; Kommerzienrat Wetzger, Wien.

Polen.

Der schlechte Stand der Finanzen. Die „Times" meldet aus Warschau: In leitenden Kreisen sei eine Art Panik über den augenblicklichen Stand der polnischen Finanzen entstanden. Die Lage sei schlecht. Das Land werde von einem Streik nach dem anderen ergriffen, vornehmlich infolge der ungeheuren Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung, was von den kommunistischen Agitatoren voll ausgenutzt wird.

Amerika.

Die Arbeitslosigkeit. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Washington erklärte der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterverbandes Gompers, daß die Zahl der augenblicklich in den Vereinigten Staaten arbeitslosen Personen ungefähr 6 Millionen betrage.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. September 1921.

—* **Zweiter sächsischer Siedlertag in Chemnitz.** Am Sonnabend und Sonntag wurde in Chemnitz der zweite sächsische Landessiedlertag abgehalten, der von der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen, Sitz Dresden, einberufen worden war. Die Tagung wurde am Sonnabend in der Aula der Technischen Staatslehranstalten im Beisein von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden durch den Verbandsvorsitzenden Kreisel-Dresden eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurden zwei Aufklärungsvorträge geboten. Der Geschäftsführer des Heimstättenausschusses der Gewerkschaften Sachsens, Lehrer Wagner-Grünau bei Chemnitz, sprach über Bodenreform, Bodenerwerbswirtschaftsgesetz, Staatsgrundsteuer und Mietsteuer, danach Verbandsvorsitzender Kreisel-Dresden über die positive Förderung der Heimstättenbestrebungen auf der Grundlage des Reichsheimstättengesetzes durch die Stadt- und Landgemeinden. Nach längerer Aussprache, an der sich auch Oberregierungsrat Dr. Rusch-Dresden wiederholt beteiligte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der zweite sächsische Landessiedlertag fordert die Reichsregierung auf, sofort den Gesetzentwurf über den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes nach dem Vorschlage des ständigen Beirates für Heimstättenwesen beim Reichstag einzubringen, damit das in Art. 155 der Reichsverfassung als Grundrecht des deutschen Volkes zugesicherte Ziel wirklich erreicht und jeder deutschen Familie eine gesicherte Heimstätte oder wenigstens gesichertes Heimstättenland ermöglicht wird. Die Tagung verlangt insbesondere, daß das ebenfalls in dem genannten Artikel der Verfassung verbriefte Recht der Bevorzugung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen durchgeführt wird. Um eine geregelte Bautätigkeit zu erreichen, ist es nötig, daß vom 1. April 1922 ab die Zuschußmittel so ausgegeben werden, daß die Bautätigkeit im Sommer erfolgen kann. Diese Entschließung wird der sächsischen Regierung zugestellt mit dem Ersuchen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Gesetz vom 20. Nov. 1920 bis zum Erlaß des vom Bunde der deutschen Bodenreformer eingebrachten Gesetzentwurfes so zu gestalten, daß dieses sächsische Gesetz bereits im Geiste des erwähnten Reichsgesetzentwurfes wirkt. Des weiteren wird die Landesregierung gebeten, die sächsische Vertretung